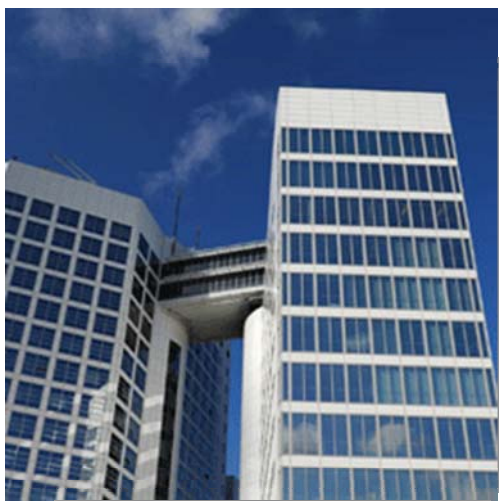


Tätigkeitsbericht  
der  
Gemeinsamen  
Kontrollinstanz  
von Eurojust

2011



GEMEINSAME KONTROLLINSTANZ VON EUROJUST

SEKRETARIAT: Postfach BOX 16183

2500 BD DEN HAAG

NIEDERLANDE

TEL +31 70 412 5512

FAX +31 70 412 5515

E-MAIL: [jsb@eurojust.europa.eu](mailto:jsb@eurojust.europa.eu)

[www.eurojust.europa.eu/jsb.htm](http://www.eurojust.europa.eu/jsb.htm)

<b>VORWORT .....</b>	<b>3</b>
<b>EINFÜHRUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>1. ADMINISTRATION UND VERWALTUNG DER GKI .....</b>	<b>4</b>
1.1 Aufbau der GKI .....	4
1.2 Sitzungen .....	5
1.3 Beteiligung und Vertretung in den Internationalen Foren für Datenschutz .....	5
1.4 Haushalt und Kosten.....	6
<b>2. NEUE ENTWICKLUNGEN .....</b>	<b>7</b>
2.1 Umsetzung des revidierten Eurojust-Beschlusses .....	7
2.2 Datenschutz gemäß Lissabon .....	7
2.3 Europäisches Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTS)	8
<b>3. AUFSICHTSTÄTIGKEITEN .....</b>	<b>8</b>
3.1 Eurojust Inspektion 2010 .....	8
3.2 Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten von Eurojust .....	9
<b>4. STELLUNGNAHMEN DER GKI.....</b>	<b>10</b>
4.1 Sichere Verbindung mit OLAF.....	10
4.2 Case Management System.....	11
<b>5. ABKOMMEN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN EUROJUST UND DRITTSTAATEN .....</b>	<b>11</b>
<b>6. RECHTE DES BETROFFENEN.....</b>	<b>11</b>
6.1 Fallbezogene Beschwerdeverfahren.....	12
6.2 Nicht-fallbezogene Beschwerdeverfahren .....	13
<b>7. TRANSPARENZ .....</b>	<b>13</b>
7.1 GKI Webseite .....	13
<b>8. SELBSTEINSCHÄTZUNG .....</b>	<b>14</b>
<b>9. AUSBLICK IN DIE ZUKUNFT .....</b>	<b>15</b>
<b>ANHANG I BEAUFTRAGTE DER GEMEINSAMEN KONTROLLINSTANZ 2011 .....</b>	<b>16</b>
<b>ANHANG II PUBLIKATIONEN .....</b>	<b>18</b>

## Vorwort



Als Vorsitzender der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust (GKI) zum Zeitpunkt der Annahme dieses Berichts, ist es mir eine Freude, den 9. Tätigkeitsbericht der GKI vorzustellen, der einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten der GKI während des Jahres 2011 enthält.

In diesem Jahr hat die GKI aufmerksam die Entwicklung der künftigen Rechtsrahmen für den Datenschutz innerhalb der Europäischen Union und die damit verbundenen möglichen Auswirkungen auf die Tätigkeiten von Eurojust verfolgt, und hat sich aktiv an den Diskussionen über die künftigen Aufsichtsregelungen im Bereich der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz beteiligt.

Einen weiteren wichtigen Arbeitsbereich hat die Verbesserung der Transparenz und Übersicht hinsichtlich der Arbeit von GKI eingenommen. Während des Jahres 2011 hat sich die GKI verstärkt darum bemüht, die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeiten zu informieren und für diesen Zweck eine Webseite erstellt, die die Arbeit der GKI von Eurojust für alle EU-Bürger zugänglicher, sichtbarer und transparenter macht. Zusätzlich wurden zahlreiche Veröffentlichungen und Informationsbroschüren herausgebracht und in alle EU-Amtssprachen übersetzt; sie stehen im Internet zur Verfügung und werden vom Sekretariat der GKI an alle interessierten Person kostenlos verteilt.

In Sachen Datenschutz verspricht das Jahr 2012 herausfordernd und interessant zu werden, insbesondere im Hinblick auf die grundlegende Reform der Rechtsrahmen für den Datenschutz innerhalb der Europäischen Union, die die Europäische Kommission im Januar 2012 eingeleitet hatte. Die GKI ist auf die neuen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet und hofft, dass unabhängig von legislativen Schritten und politische Entscheidungen die Kompetenz und Erfahrung des derzeitigen speziell ausgelegten Aufsichtssystems beibehalten wird.

Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen und meinen Kollegen und Kolleginnen der GKI-Troika, Frau Lotty Prussen und Herrn Hans Frennered danken, mit denen es ein Vergnügen gewesen ist, zusammen zu arbeiten und Erfahrungen und Sachkenntnisse zu teilen. Danken möchte ich ebenfalls dem Kollegium und dem Personal von Eurojust, für ihren Beitrag zu den Tätigkeiten der GKI. Schließlich möchte ich insbesondere Diana Alonso Blas, der Datenschutzbeauftragten von Eurojust, und ihren Mitarbeitern für ihre wertvolle Unterstützung bei der Arbeit der GKI danken.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Carlos Campos Lobo'.

Carlos Campos Lobo  
Vorsitzender

## **Einführung**

Dies ist der 9. Jahresbericht der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust (nachstehend "GKI") seit ihrer Gründung im Mai 2003 und erläutert ihre wichtigsten Aktivitäten während des Jahres 2011.

Die GKI wurde durch den Artikel 23 des Eurojust-Beschlusses<sup>1</sup> als unabhängige Instanz zur Überwachung der Tätigkeiten von Eurojust im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten und zur Gewährleistung, dass diese sämtliche Regelungen des Eurojust-Beschlusses einhält und die Rechte der betroffenen Personen achtet, gegründet.

Eine der wichtigsten Aufgaben der GKI ist die Überprüfung von individuellen Beschwerden und zur Bestätigung der rechtmäßigen und korrekten Handhabung ihrer personenbezogenen Daten.

Die GKI überwacht auch die Zulässigkeit der Datenübermittlung von Eurojust und nimmt obligatorisch Stellung betreffend dessen Datenschutzbestimmungen in Abkommen oder Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der EU oder Kooperationsabkommen mit Drittstaaten.

## **1. Administration und Verwaltung der GKI**

### **1.1 Aufbau der GKI**

Die GKI ist eine unabhängige externe Kontrollinstanz im Bereich des Datenschutzes und wurde durch Artikel 23 des Eurojust-Beschlusses ins Leben gerufen.

Diese Instanz besteht aus Richtern oder Mitgliedern mit gleichwertigen Befugnissen und kommt einer sehr wichtigen Aufgabe nach: Der Sicherstellung, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten in Übereinstimmung mit dem Eurojust-Beschluss erfolgt.

Angesichts der hohen Sensibilität der von Eurojust bearbeiten Daten (Daten über Personen, die sich in einem Ermittlungsverfahren oder einer Strafverfolgung befinden, die wegen einer Straftat verurteilt wurden, sowie Opfer und Zeugen), ist es entscheidend, dass die Rechte der betroffenen Personen angemessen geschützt sind. Die GKI besteht aus siebenundzwanzig Mitgliedern, die von den jeweiligen Mitgliedstaaten benannt wurden, von denen drei Personen ständige Mitglieder sind (siehe Anhang I). Frau Lotty Prussen (Luxemburg), Herr Hans Frennered (Schweden, Vorsitzender von Juni 2010 bis Juni 2011) und Herr Carlos Campos Lobo (Portugal, gegenwärtiger Vorsitzender) waren die drei ständige Mitglieder im Jahre 2011.

---

<sup>1</sup> Entscheidung 2009/426/JI des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Stärkung von Eurojust und Änderung des Beschlusses 2002/187/JI über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, nachstehend "Eurojust Entscheidung".

Gemäß Artikel 3(2) des Akt der Gemeinsamen Kontrollinstanz 2010/C 182/03 von 23 Juni 2009<sup>2</sup>, fanden auf der Plenartagung im Juni Wahlen statt. Herr Frennered wurde als ständiges Mitglied für eine weitere Amtszeit von drei Jahren wiedergewählt. Herr Campos Lobo übernahm das Amt des Vorsitzenden für das folgende Jahr. Frau Prussen blieb für zwei weitere Jahre Mitglied.



**Die ständigen Mitglieder der GKI Hans Frennered, Lotty Prussen und Carlos Campos Lobo (von links nach rechts)**

Das Sekretariat der GKI befindet sich innerhalb von Eurojust, sodass die uneingeschränkte Kommunikation und Zusammenarbeit mit allen Amtsinhabern von Eurojust gewährleistet werden kann. Soweit erforderlich, kann das Sekretariat der GKI auf die Kompetenz des Sekretariats gemäß Beschluss 2000/641/JI<sup>3</sup> zurückgreifen.



**Sitzung der ständigen Mitglieder der GKI, 10. November 2011**

## 1.2 Sitzungen

Die GKI trifft sich regelmäßig, in der Regel vier Mal im Jahr, wobei die Sitzungen bei Eurojust stattfinden. Während dieser Sitzungen erhalten die Mitglieder der GKI die Gelegenheit, sich mit dem Eurojust-Kollegium und der Verwaltung bezüglich der Entwicklung der Organisation auszutauschen. Auf diese Weise, ist die GKI immer über alle laufenden Angelegenheiten, die den Datenschutz betreffen, informiert und kann so zeitgerecht und vollständig

Auskünfte über die Organisation geben.

Die ständigen Mitglieder trafen sich am 8. Februar, 7. April, 20. Juni und 10. November 2011 beim Eurojust Hauptsitz in Den Haag; eine Plenarsitzung der ernannten Mitglieder fand am 21. Juni statt. Um die Effizienz und Transparenz ihrer Arbeit und Tätigkeiten zu verbessern, lässt die GKI allen GKI-Mitgliedern, dem Eurojust-Kollegium sowie ausgewählten Mitgliedern der Verwaltung von Eurojust eine Zusammenfassung der Höhepunkte einer jeden Sitzung zukommen. Diese Höhepunkte können auch auf der GKI-Webseite gefunden werden: [www.eurojust.europa.eu/jsb-news.htm](http://www.eurojust.europa.eu/jsb-news.htm).

## 1.3 Beteiligung und Vertretung in den Internationalen Foren für Datenschutz

Seit 2010 ist die GKI von Eurojust ein akkreditiertes Mitglied der Internationalen Konferenz der Datenschutzbeauftragten. 2011 wurde die GKI als Mitglied der Europäischen Konferenz der Datenschutzbeauftragten akkreditiert<sup>4</sup>; zum gleichen Zeitpunkt wurde die GKI Mitglied der Gruppe "Polizei und Justiz" (im folgenden "GPJ") die sich mit der Aufsicht im Bereich der Freiheit, Sicherheit und des Rechts beschäftigt. Beide Konferenzen bieten ein

<sup>2</sup> Akt der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust vom 23. Juni 2009 zur Festlegung seiner Geschäftsordnung ab 23. Juni 2009 (2010/C 182/03), nachstehend als "Akt der GKI" bezeichnet.

<sup>3</sup> Beschluss des Rates 2000/641/JI vom 17. Oktober 2000 zur Einrichtung eines Sekretariats für die gemeinsame Kontrollinstanz für den Datenschutz, die mit dem Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamts (Europol-Übereinkommen), dem Übereinkommen über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich beitreten sowie dem Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen), ABL. L 271 vom 24.10.2000, S. 1.

<sup>4</sup> Schlussfolgerungen der Europäischen Konferenz der Datenschutzbeauftragten, Brüssel, 5. April 2011.

ausgezeichnetes Forum für den Austausch von Meinungen, Erfahrungen und Ideen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Aufsichtsinstanz.

Die GKI arbeitet des Öfteren mit anderen bestehenden gemeinsamen Kontrollinstanzen zusammen, die sich mit Datenschutzfragen im Bereich der Strafverfolgung beschäftigen, nimmt an den gemeinsamen Sitzungen mit diesen Instanzen teil und berät sie bei Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse. Eine solche gegenseitige Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsinstanzen gewährleistet einen einheitlichen und durchgängigen Ansatz bei der Behandlung ähnlicher Datenschutzfragen im Bereich der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit.

Als Mitglied der GPJ, hat die GKI bei der Arbeit an der Zukunft des Datenschutzes, insbesondere des zukünftigen Modells des Kontrollmechanismus, beigetragen. Im Namen der GKI nahm Campos Lobo regelmäßig an den Sitzungen der Gruppe auf "Polizei und Justiz" teil<sup>5</sup>. Darüber hinaus nahm er an der Tagung der Gemeinsamen Kontrollinstanzen in Ljubljana vom 31. Januar bis zum 1. Februar 2011 teil. Bei dieser Tagung nahm er die Gelegenheit wahr, um auf die Notwendigkeit für maßgeschneiderte Regeln und spezifische und wirksame Überwachungsmaßnahmen im Bereich Justiz und Inneres hinzuweisen. Er bestätigte, dass die GKI von Eurojust die Vorschläge der anderen Teilnehmer zur engeren Zusammenarbeit und verstärkten Kommunikation zwischen den Kontrollinstanzen und Behörden nachdrücklich unterstütze.

#### 1.4 Haushalt und Kosten

Die GKI verfügt über einen eigenen Haushalt, der Teil des Haushaltsplans von Eurojust ist. Gemäß Artikel 23(10) des Eurojust-Beschlusses gehen die Kosten des Sekretariats der GKI zu Lasten des Haushaltsplans von Eurojust. Das Sekretariat der GKI genießt absolute Unabhängigkeit bei der Ausübung ihrer Funktion innerhalb des Sekretariats von Eurojust.

Aufgrund ihrer geringen Größe und ihres effizienten Arbeitsansatzes kommt die GKI mit einem sehr begrenzten Haushalt aus. Die tatsächlichen Beträge für die GKI von 2008 bis 2011 waren wie folgt:

<i>Jahr</i>	<i>Betrag (Euro)</i>
<i>2008</i>	<i>49,000</i>
<i>2009</i>	<i>46,000</i>
<i>2010</i>	<i>51,500</i>
<i>2011</i>	<i>52,600</i>

Wie aus der Tabelle oben ersichtlich ist, wurde der GKI im Jahr 2011 ein Budget von 52.400 € zur Deckung von Kosten für Konferenzen, für die Teilnahme an externen Sitzungen der Datenschutzinstanzen und Arbeitsgruppen der EU, und für alle anderen zusätzlichen Aufwendungen, einschließlich möglicher Berufungsfälle, gewährt. Einige dieser Mittel (1.300 €) wurden für die Übersetzung des Tätigkeitsberichts 2010 der GKI ins Französische, Deutsche, Spanische und Italienische verwendet. Zusätzliche 12.600 € wurden für die Übersetzung einer nützlichen Referenz-Broschüre des Datenschutzbeauftragten von Eurojust, mit dem Titel "Datenschutz bei Eurojust", ins Französische, Deutsche und Spanische verwendet<sup>6</sup>.

<sup>5</sup> Das Treffen fand am 8. Juni, 30. September und 2. Dezember 2011 in Brüssel statt.

<sup>6</sup> Die Broschüre kann durch ein Schreiben an [dpo@eurojust.europa.eu](mailto:dpo@eurojust.europa.eu) gratis angefordert werden.

## 2. Neue Entwicklungen

### 2.1 Umsetzung des revidierten Eurojust-Beschlusses

Während des Jahres 2011 verfolgte die GKI die Diskussionen und die Arbeit von Eurojust im Bezug auf die Umsetzung der Entscheidung des Rates 2009/426/JI über die Stärkung von Eurojust, insbesondere aber in Bezug auf Informationsaustausch und die Verarbeitung personenbezogener Daten. Die GKI erhielt hierzu regelmäßig Informationen über die Fortschritte in der Umsetzung des revidierten Eurojust-Beschlusses und dessen Auswirkungen auf die Datenverarbeitung bei Eurojust, mit Schwerpunkt auf den neuen Artikel 13 des revidierten Eurojust-Beschlusses.

Im Rahmen der kontinuierlichen Entwicklung des Kerninstrumentes von Eurojust, dem Case Management System (CMS), hat die GKI von Anfang an großes Interesse an der Umsetzung der neuen Datenschutzanforderungen gezeigt, die sich auf die Änderungen des revidierten Eurojust-Beschlusses konzentrieren.

### 2.2 Datenschutz gemäß Lissabon

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon<sup>7</sup> im Dezember 2009 brachte eine Reihe von wesentlichen Änderungen bezüglich des Datenschutzes in Europa. Die wichtigste Verbesserung ist die Einführung des Artikel 16<sup>8</sup>, der wie folgt lautet:

*"1. Jeder hat das Recht auf Schutz der ihn betreffenden personenbezogenen Daten.  
2. Das Europäische Parlament und der Rat erlassen gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren Vorschriften über den Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union sowie durch die Mitgliedstaaten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen; und über den freien Datenverkehr. Die Einhaltung dieser Vorschriften wird von unabhängigen Behörden überwacht. Die auf der Grundlage dieses Artikels erlassenen Vorschriften lassen die spezifischen Bestimmungen des Artikels 39 des Vertrags über die Europäische Union unberührt."*

Artikel 16 des Vertrags von Lissabon bietet die einzige Rechtsgrundlage für den Datenschutz und ersetzt die bisherige Pfeilerstruktur. Dennoch erkennt die dem Vertrag von Lissabon<sup>9</sup> beigefügte Erklärung 21 an, dass sich "spezifische Vorschriften über den Schutz personenbezogener Daten und dem freien Verkehr solcher Daten in den Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und der polizeilichen Zusammenarbeit auf der Grundlage von Artikel 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgrund der spezifischen Natur dieser Bereiche als erforderlich erweisen". Im Rahmen der Überprüfung der bestehenden Rechtsrahmen für den Datenschutz, hat die GKI ebenfalls aktiv an den Konsultationen und Diskussionen der Kommission teilgenommen und die Aufmerksamkeit auf die Robustheit und Eignung der bestehenden Datenschutzbestimmungen bei Eurojust lenken sowie aktiv für die Beibehaltung der spezialisierten Überwachungssysteme, die derzeit bei Eurojust eingesetzt werden, werben können.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007 (2007/C 306/01), ABL. C 306 vom 17.12.2007, S.1.

<sup>8</sup> Artikel 16 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

<sup>9</sup> Erklärung Nummer 21: Erklärung zum Schutz personenbezogener Daten in den Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen und der polizeilichen Zusammenarbeit.

<sup>10</sup> Brief des Vorsitzenden der GKI an Frau Reding vom 31. Mai 2010; Schreiben des Vorsitzenden der GKI an Frau Reding vom 15. Dezember 2010. Weitere Informationen finden Sie in dem Artikel von Alonso BLAS, D. *Die Sicherung eines wirksamen Datenschutzes im Bereich der polizeilichen und justiziellen Tätigkeiten: einige Überlegungen zum Erreichen von Sicherheit, Gerechtigkeit und Freiheit* beim ERA Forum (2010) 11: 233-250.

## 2.3 Europäisches Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTS)

Die GKI verfolgte aufmerksam die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Vorschlag ein Europäisches Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus zu schaffen, welches derzeit auf Unionsebene diskutiert wird. Die beiden wichtigsten Ziele eines solchen Systems sind: Das Ausmaß der Übertragung von persönlichen Daten in die USA zu begrenzen; Finanzierungsmöglichkeiten und Materialien für Terroristen unzugänglich zu machen und ihre Transaktionen zu verfolgen. Bei der Diskussion darüber, welche Rolle Eurojust in diesem Zusammenhang möglicherweise spielen könnte, wies die GKI wiederholt darauf hin, wie wichtig die gründliche Überlegung der Auswirkungen der Datenschutzmaßnahmen eines solchen Systems sind. Die GKI hat ihren Wunsch ausdrücklich mitgeteilt, über diese Diskussionen informiert zu werden und an ihnen beteiligt zu sein, insbesondere in Bezug auf die mögliche Rolle von Eurojust in dieser Angelegenheit.

## 3. Aufsichtstätigkeiten

Die GKI führt häufige und regelmäßige Inspektionen durch, die sowohl fall- und nicht fallbezogene (administrative) Verarbeitungsvorgänge von Eurojust umfasst und umfangreiche und detaillierte Berichte über solche Inspektionen, einschließlich Ergebnisse und Empfehlungen bietet. Die Folgemaßnahmen durch die Organisation wurden in mehreren aufeinanderfolgenden Sitzungen überwacht. Sofern nötig, werden zusätzliche Inspektionen zu einzelnen Fragen oder Probleme durchgeführt.

### 3.1 Eurojust Inspektion 2010

Seit der Gründung im Jahr 2003 wurde der GKI die Aufgabe anvertraut, die Tätigkeiten von Eurojust bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu beaufsichtigen. Diese Aufgabe ist aufgrund der Informationsart der von Eurojust verarbeiteten Daten und die möglichen negativen Folgen für die betroffenen Personen, wenn die Verarbeitung dieser Informationen ohne geeignete und strengste Sicherheitsvorkehrungen geschieht, von größter Bedeutung. Die GKI plant mindestens eine Prüfung alle zwei Jahre. Sofern nötig, werden zusätzliche Inspektionen zu einzelnen Fragen oder Probleme durchgeführt.

In ihrer Sitzung am 19. November 2009, bevollmächtigte die GKI ihr Inspektionsteam mit der Inspektion:

1. Der Inhalte des CMS;
2. Der Einhaltung aller Verfahren für die Datenverarbeitung von Eurojust im Zusammenhang mit den von Eurojust bearbeiteten Fällen;
3. Der Folgemaßnahmen gemäß der Empfehlungen, die in vorherigen Prüfungsberichten (2007) gemacht wurden;
4. Des Zugriffs auf das Schengener Informationssystem (SIS); und
5. der Datenverarbeitung durch die Verwaltung.

Im Einklang mit dem Mandat der GKI, besuchte das Inspektionsteam Eurojust am 18. November 2009, um sich mit den Systemen und Verfahren von Eurojust vertraut zu machen, und führte anschließend vom 19. -21. Januar 2010 die Inspektion durch. Die Inspektion durch die GKI konzentrierte sich auf die folgenden Fragen: Den Inhalt des CMS; die Eingabe der Informationen in das CMS über sichere Leitungen; den Data Guard (Datenerfassung und -abgabe des CMS); Anmeldung im CMS; Zugriff auf das SIS; Einhaltung der Datenschutzvorschriften; die Folgemaßnahmen gemäß der Empfehlungen der vorherigen Inspektion; und die Verarbeitung von Personaldaten durch die Eurojust-Personalabteilung. Als Ergebnis der Prüfung 2010, wurde der Bericht auf der GKI-Vollversammlung im Jahr 2011 vorgestellt. Die GKI gab abschließend an, dass Eurojust die Einhaltung der

Datenschutzvorschriften weiter verbessern konnte. Die Einführung eines benutzerfreundlichen CMS hatte zu dieser Verbesserung beigetragen. Jedoch hat die GKI ebenfalls Bereiche identifizieren können, die noch Verbesserungen benötigen. Die GKI formulierte konkrete Empfehlungen für Eurojust zur Verbesserung und Harmonisierung der Datenverarbeitung.

Die GKI beschloss, Anfang 2012 eine weitere Inspektion der Personalabteilung durchzuführen.

### 3.2 Zusammenarbeit mit den Datenschutzbeauftragten von Eurojust

Die GKI profitiert von der engen Zusammenarbeit mit dem im November 2003 ernannten Datenschutzbeauftragten von Eurojust, der eine grundlegende Rolle bei der internen Kontrolle der Einhaltung der Datenschutzvorschriften innerhalb der Organisation spielt.

Eine wesentliche Komponente der Arbeit des DSBs ist die Verbindung zwischen Eurojust und der GKI um sicherzustellen, dass die GKI-Mitglieder hinreichend über die Tätigkeiten von Eurojust in Fragen des Datenschutzes und der Implementierung der Regeln informiert sind. Während dieser Sitzungen erhält die GKI die Gelegenheit, sich mit dem DSB auszutauschen, der die Mitglieder über alle laufenden Angelegenheiten und Probleme, die in Zukunft ihre Aufmerksamkeit erfordern, informiert. Die enge Zusammenarbeit zwischen dem DSB und der GKI stellt gegenseitige Vorteile bei der Wahrnehmung der Zuständigkeit zur Gewährleistung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften dar. Im Falle der Nichteinhaltung, legt Artikel 17 des Eurojust-Beschlusses fest, dass der DSB das Kollegium und den Verwaltungsdirektor sowie, sollte sich keine Lösung für das Problem intern finden lassen, die GKI direkt darüber informieren kann. Die GKI kann eine Situation korrigieren oder allgemeine Maßnahmen zur Verbesserung des Datenschutzes bei Eurojust verhängen.

Gemäß Artikel 6(6) des Aktes der GKI, arbeitet die GKI regelmäßig mit dem DSB zusammen, der die GKI wiederum während des gesamten Jahres 2011 über andauernde Datenschutzfragen und -probleme bei Eurojust informierte.

Ein neuer technischer Berater für den Datenschutzservice wurde Ende 2011 ernannt und beginnt seine Amtszeit im Frühjahr 2012; durch ihn ist das DSB-Team bei Eurojust vollständig und besteht nun aus vier Mitgliedern.

Auf der Plenartagung im Juni 2011 präsentierte der DSB die Ergebnisse des 5. Jahreserhebung gemäß der Anforderungen von Artikel 27(1) der Geschäftsordnung über die Datenverarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten bei Eurojust. Die Jahreserhebung 2010 enthält Interviews mit ausgewählten nationalen Verbindungsbüros: Dänemark, Deutschland, Irland, Italien und Portugal sowie der Personalabteilung. Der Bericht der Jahreserhebung 2010 wurde dem Kollegium von Eurojust am 21. Juni 2011 vorgestellt.



GKI Mitglieder mit Frau Diana Alonso Blas (DSB)

## 4. Stellungnahmen der GKI

### 4.1 Sichere Verbindung mit OLAF

Auf Antrag der DSB, diskutiert die GKI die Fragen des Datenschutzes im Zusammenhang mit der Protokollierung der Benutzertätigkeit beim Zugriff auf das Zollinformationssystem (nachstehend "ZIS"). Die Protokolle sind für die erfolgreiche Überprüfung durch die DSB und die GKI bei der Durchführung der Kontrollen und Prüfungen gemäß Artikel 23(1) des Eurojust-Beschlusses und Artikel 27(2) der Datenschutzvorschriften von Eurojust unerlässlich<sup>11</sup>. Die Informationen müssen in den Protokollen ausreichend und angemessen gespeichert werden, sodass eine angemessene Überwachung des Systemzugangs und dessen Eignung gewährleistet werden kann.

Artikel 28 der Entscheidung des Rates 2009/917/JI vom 30. November 2009 für den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich<sup>12</sup> schreibt vor, dass alle notwendigen administrativen Maßnahmen zur Erhaltung der Sicherheit von Eurojust (sowie von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol) ergriffen werden müssen. Insbesondere sollte Eurojust Maßnahmen zur Gewährleistung ergreifen, dass eine nachträglich Prüfung und Feststellung durchgeführt werden kann, welche Daten wann und von wem in das Zollinformationssystem (ZIS) eingegeben, und welche Suchabläufe gemacht wurden.

Artikel 22 (2) des Eurojust-Beschlusses erfordert die Umsetzung der Maßnahmen zur Gewährleistung, dass die Überprüfung und Feststellung der Stellen möglich ist, die diese Daten übermittelt oder empfangen haben; und dass die Überprüfung und Feststellung der personenbezogenen Daten, die in das automatische Datenverarbeitungssystem eingegeben worden sind, sowie der Person, die diese Daten eingegeben hat möglich ist.

Artikel 25 der Datenschutzvorschriften von Eurojust legt fest, dass Eurojust geeignete technische Maßnahmen zur Sicherstellung ergreifen muss, dass ein Protokoll aller Verarbeitungen personenbezogener Daten geführt wird.

Eurojust ist verantwortlich für die Informationen, die in den eigenen Informationssystemen verarbeitet werden. Artikel 14 des Eurojust-Beschlusses besagt, dass alle von Eurojust verarbeiteten personenbezogenen Daten angemessen, relevant und ausschließlich für den Verarbeitungszweck sein müssen. Die von Eurojust verarbeiteten personenbezogenen Daten müssen nach Treu und Glauben und auf rechtmäßige Weise verarbeitet werden. Gemäß Artikel 24 des Eurojust-Beschlusses haftet Eurojust für eventuelle Schäden einer Person, die aufgrund von unbefugter oder fehlerhafter Datenverarbeitung entstanden sind.

Die praktische Umsetzung von Artikel 28 der Entscheidung des Rates über ZIS wurde mit der GKI besprochen. Gemäß Artikel 36(2) der Entscheidung des Rates über ZIS soll die Entscheidung ab 27. Mai 2011 für Eurojust geltend sein. Während der Diskussionen erklärte sich die GKI mit den möglichen Lösungen und zukünftige Vorgehensweisen einverstanden.

---

<sup>11</sup> Geschäftsordnung für die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten bei Eurojust (2005/C 68/01) vom 21. Oktober 2004, ABL. C 68 vom 19.3.2005, S.1, nachstehend "Datenschutzvorschriften von Eurojust".

<sup>12</sup> Beschluss des Rates 2009/917/JI vom 30. November 2009 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich, ABL. L 323 vom 12.10.2009, S.20, nachstehend "Beschluss des Rates über ZIS".

## 4.2 Case Management System

Die GKI verfolgte die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des revidierten Eurojust-Beschlusses, insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung der Artikel 12 und 13 des Eurojust-Beschlusses. Im Rahmen der kontinuierlichen Entwicklung des Kerninstrumentes von Eurojust, dem Case Management System (CMS), wurde die GKI regelmäßig von Eurojust bezüglich der Umsetzung der neuen Datenschutzanforderungen mit Schwerpunkt auf die aufgrund des revidierten Eurojust-Beschlusses entstandenen Änderungen (auf drei Jahre begrenzte Speicherung der Protokolldateien, Verbesserung der interaktiven Statistiken und der Berichterstattung über Fälle; Protokollmechanismus). Die GKI war daran interessiert, wie die Anpassungen und neuen Funktionalitäten des CMS den Ansprüchen der Verbindung nachkommen, den strukturierten und verbesserten Informationsaustausch mit Mitgliedstaaten vereinfacht, die Verwendung des Systems steigert und die Implementierung der Empfehlungen aus dem GKI-Inspektionsbericht umsetzt.

Die GKI unterstrich die Bedeutung des Beibehaltes des gesamten CMS und sah sich mit Interesse die Möglichkeit zur Steigerung der analytischen Kapazitäten an, insbesondere angesichts Artikel 13 des revidierten Eurojust-Beschlusses.

## 5. Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Drittstaaten

Die GKI überwacht auch die Zulässigkeit der Datenübermittlung von Eurojust und bietet dessen obligatorische Stellungnahme betreffend seiner Datenschutzbestimmungen in Abkommen oder Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der EU oder Kooperationsabkommen mit Drittstaaten.

Artikel 26(2) des Eurojust-Beschlusses erkennt ausdrücklich an, dass für ein Abkommen oder eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit den Institutionen, Einrichtungen und Agenturen, die durch die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften oder den Vertrag der Europäischen Union geschaffen wurden oder auf Grundlage dieser bestehen, Eurojust verpflichtet ist, die GKI zu den Bestimmungen des Abkommens oder der Vereinbarung über den Datenschutz zu konsultieren. Die gleiche Verpflichtung gemäß Artikel 26a(2) des Eurojust-Beschlusses gilt, wenn ein Entwurf für ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit einem Drittstaat oder einer internationalen Organisation verfasst wird.

Gemäß Artikel 26(2) und 26a(2) des Eurojust-Beschlusses, hat das Eurojust CollegeTeam für Externe Beziehungen die GKI regelmäßig über die Beziehungen mit Drittstaaten und den Stand der laufenden Verhandlungen zwischen Eurojust und Drittstaaten und internationale Organisationen informiert. Die GKI zieht sämtliche Informationen der DSB bei Diskussionen über den Datenschutzstandard in zahlreichen Drittstaaten und Organisationen in Betracht, mit denen Eurojust Kooperationsabkommen eingehen möchte. Auf diese Weise wurde die GKI vollständig über Themen informiert und in deren Bearbeitung eingebunden, die sich auf die laufenden Verhandlungen und Fortschritte bei der Umsetzung der bestehenden Abkommen beziehen.

## 6. Rechte des Betroffenen

Eines der wichtigsten Elemente des durch den Eurojust-Beschluss entstandenen widerstandsfähigen Datenschutzsystems, ist der Rechtsanspruch der betroffenen Personen auf Zugang, Korrektur, Löschung oder Sperrung ihrer personenbezogenen Daten. Artikel 19(1) des Eurojust-Beschlusses garantiert, dass jeder Einzelne das Recht auf den Zugang seiner persönlichen Daten hat, die von Eurojust verarbeitet werden. Artikel 20(1) des Eurojust-Beschlusses berechtigt jeden Einzelnen von Eurojust die Korrektur, Sperrung oder

Löschung seiner Daten zu verlangen, wenn diese unrichtig oder unvollständig sind oder ihre Eingabe oder Speicherung im Widerspruch zu diesem Beschluss geschieht.

Wenn ein Individuum durch die Antwort von Eurojust auf seine Anfrage nicht zufrieden gestellt ist, kann Widerspruch bei der GKI eingelegt werden. Die GKI prüft die eingereichten Beschwerden gemäß Artikel 19(8) und 20(2) des Eurojust-Beschlusses, legt Widerspruch ein und führt Kontrollmaßnahmen durch. Die GKI ist ebenfalls für Klagen gegen die Verarbeitung von nicht-fallbezogenen Daten zuständig. Ist die GKI der Auffassung, dass eine Entscheidung von Eurojust oder die Verarbeitung der Daten nicht mit dem Eurojust-Beschluss vereinbar ist, wird die Sache an Eurojust weitergeleitet. Die Entscheidungen der GKI sind für Eurojust endgültig und bindend.

## 6.1 Fallbezogene Beschwerdeverfahren

Eine fallbezogene Beschwerde wurde bei der GKI am 18. März 2011 eingereicht, die einen Antrag auf den Zugang persönlicher Daten betraf, die möglicherweise von Eurojust bearbeitet wurden. Die GKI hat ihre Entscheidung am 7. April 2011 übermittelt<sup>13</sup>.

In diesem Fall erhielt die GKI eine Beschwerde von Herrn T. gegen die Entscheidung von Eurojust, die ihm von den Datenschutzbeauftragten (DSB) am 22. Februar 2011 mitgeteilt wurden.

Die Entscheidung von Eurojust bezüglich der Anfrage von Herrn T. vom 11. Januar 2011 betraf den Zugang auf seine von Eurojust verarbeiteten persönlichen Daten, die Löschung dieser Daten, die Einstellung der Verarbeitung seiner Daten und die Benachrichtigung beteiligter Drittparteien zu diesem Thema.

Die Entscheidung von Eurojust, wie dem Antragsteller vom DSB von Eurojust mitgeteilt wurde, war folgendermaßen formuliert: „Gemäß Artikel 19.7 des Eurojust-Beschlusses teilen wir Ihnen mit, dass die Kontrollen durchgeführt wurden, jedoch können wir Ihnen keine Informationen darüber geben, ob Ihr Klient bekannt ist oder nicht“.

In Übereinstimmung mit dem Verfahren gemäß Artikel 16(2) des Aktes über die GKI, unterrichtete die GKI das Eurojust-Kollegium über die Beschwerde am 21. März 2011 und gab dem Eurojust-Kollegium die Möglichkeit, eine Stellungnahme in Bezug auf die bei der GKI eingegangenen Beschwerde einzureichen. Das Kollegium von Eurojust war nach gründlicher Prüfung des Falles der Meinung, dass die gegebene Antwort korrekt gewesen sei und zu diesem Zeitpunkt keine zusätzlichen Überlegungen nötig wären.

In einer Sitzung am 7. April 2011 besprach die GKI diesen Fall unter Berücksichtigung aller relevanten Dokumentationen. Nach den Beratungen kam die GKI zur einstimmigen Entscheidung, dass:

"Angesichts der besonderen Umstände und der Komplexität des Falles sowie den starken Auswirkungen des Falles auf die betroffene Person, der de facto die Möglichkeit zur Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß Artikel 19 und 20 des Eurojust-Beschlusses, durch die standardisierte Antwort von Eurojust verweigert wird und keine Nachweise bestehen, dass Eurojust durch die Erbringung einer klaren und

---

<sup>13</sup>Die Entscheidung ist hier verfügbar: <http://www.eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/appealdecisions/Appeal%20Decision%202011-04-07/JSB-Appeal-Decision-CaseMrT-2011-04-07-EN.pdf>

eindeutigen Antwort an den Betroffenen Schaden leiden könnten, beschloss die GKI, dass in Übereinstimmung mit Artikel 23.7 des Eurojust-Beschlusses die Angelegenheit zum erneuten Überdenken an Eurojust übermittelt würde. Eurojust ist gemäß Artikel 23.8 des Eurojust-Beschlusses dazu verpflichtet, Herrn T eine klare und eindeutige Antwort auf die Tatsache zu geben, dass keine personenbezogenen Daten über ihn von Eurojust verarbeitet wurden, und zu klären, dass es deshalb keinen Grund zur Ausübung aller anderen von ihm eingeklagten Rechte gebe".

## 6.2 Nicht-fallbezogene Beschwerdeverfahren

Ein nicht-fallbezogenes Beschwerdeverfahren im Zusammenhang mit einem Antrag auf Zugang zu den Minuten eines Auswahlverfahren bei Eurojust wurde der GKI am 29. Juli 2011 eingereicht. Nach Rücksprache mit dem Kollegium von Eurojust, welches die GKI über seinen Entscheid informierte, die Angelegenheit erneut zu prüfen und dem Antragsteller alle geforderten Informationen zu überlassen, begrüßte die GKI diese revidierte Entscheidung sehr und ersuchte das Kollegium mit einem Schreiben am 11. Oktober 2011 die eigene Entscheidung umzusetzen und dem Antragsteller wie angekündigt alle Informationen zukommenzulassen. Das Kollegium ließ dem Antragsteller daher den vollständigen Text der Minuten des Prüfungsausschusses am 13. Oktober 2011 zukommen.

## 7. Transparenz

### 7.1 GKI Webseite

Die neue GKI Webseite<sup>14</sup> wurde offiziell auf der Vollversammlung am 21. Juni 2011 in Betrieb genommen. Diese Seite bietet aktuelle Informationen über die GKI, einschließlich der Höhepunkte der einzelnen Treffen, Entscheidungen, Informationen über die aktuellen Entwicklungen zur Datenschutzreform sowie die jährlichen Tätigkeitsberichte (der Bericht von 2010 ist derzeit in Deutsch, Französisch, Spanisch und Italienisch erhältlich). Zusätzlich sind zwei Broschüren über die Rechte der betroffenen Personen unter den Datenschutzrichtlinien und über die Rolle der GKI, mit den Titeln "Seine Rechte Kennen" und "Die Rolle der GKI", in den 23 Amtssprachen der EU erhältlich und auf der Webseite der GKI veröffentlicht.

Zur erleichterten Ausübung der Rechte von Betroffenen, steht eine Liste der Behörden in den einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung, an die sich die Bürger mit Fragen über ihre Rechte wenden können. Diese Liste wurde auf der Webseite der GKI veröffentlicht.

Durch diese Arbeit wurden die Anstrengung der GKI verdeutlicht, den Wissensstands der Öffentlichkeit über Datenschutz bei Eurojust zu erweitern.

---

<sup>14</sup> [www.eurojust.europa.eu/jsb.htm](http://www.eurojust.europa.eu/jsb.htm)

## Tätigkeitsbericht 2011 Gemeinsame Kontrollinstanz von Eurojust



### 8. Selbsteinschätzung

Durch Selbsteinschätzung durch die Bewertung und Analyse der eigenen Aktivitäten, ist die GKI in der Lage, alle möglichen Probleme zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten vorherzusehen, um so die Leistung, Effizienz und Qualität der Arbeit, Arbeitsmethoden und Ergebnisse zu steigern.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2003 agiert die GKI für Eurojust nicht nur als externe Aufsicht, sondern auch als Berater in Fragen des Datenschutzes. Die Kenntnisse der GKI in Fragen des Datenschutzes sind im Rahmen justizieller Maßnahmen wertvoll. Durch regelmäßigen Kontakt zu Eurojust-Verwaltungsmitarbeitern, erhielt die GKI einen vollständigen Einblick und ein exzellentes Verständnis über die Arbeitsweisen von Eurojust. Die gründliche Analyse der Probleme hat zu konstruktiven Ergebnissen geführt. Die GKI hat sich stets für ein steigendes Bewusstsein der Öffentlichkeit über ihre Aktivitäten und Erfolge bemüht. Gemäß Artikel 23(12) des Eurojust-Beschlusses legt die GKI der Kommission einen Jahresbericht vor. Die Höhepunkte aller Sitzungen werden auf der GKI-Webseite veröffentlicht: Dies fördert das Profil der GKI und dient gleichzeitig zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht der breiteren Öffentlichkeit.

Die häufigen und regelmäßigen Inspektionen der GKI, die sowohl den fall- und nicht-fallbezogenen (administrative) Verarbeitungen, die von Eurojust, haben stark dazu beigetragen, ein kontinuierlicher Zuwachs an Erfahrung und Kenntnissen, die für die Überwachung, insbesondere im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit.

Im gesamten Kontext für eine grundlegende Reform des Rechtsrahmen für den Datenschutz innerhalb der EU, fordern neue Herausforderungen an die Datensicherheit erhöhte Anstrengungen, intensiveres Engagement, mehr Beiträge und eine verstärkte Teilnahme der GKI. Daher wird sich die GKI nicht mit den erreichten Ergebnissen zufriedenstellen, sondern

auch weiterhin aktiv ihre Arbeit fortsetzen, um ihre die bisherige Qualität ihrer Arbeit weiterhin garantieren zu können.

## 9. Ausblick in die Zukunft

In einer Welt, gekennzeichnet durch schnellen technologischen Wandel und Globalisierung, wächst die Nachfrage nach personenbezogenen Daten im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit fortwährend, und insbesondere die Nachfrage nach dem grenzüberschreitenden Austausch von Informationen, der für ein sicheres Europa unumgänglich ist. Jedoch sollte man nie vergessen, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität sowohl durch den Schutz der Rechte und Freiheiten des Einzelnen begleitet als auch sorgfältig ausgewogen werden müssen. Datenschutz ist ein Grundrecht, daher muss die Balance zwischen den Bedürfnissen der operativen Arbeit und den Anforderungen an den Datenschutz gewahrt werden.

Das Jahr 2012 verspricht in Bezug auf den Datenschutz herausfordernd und interessant zu werden, da die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine grundlegende Reform der Rechtsrahmen für den Datenschutz vorstellen wird, die ebenfalls einen Vorschlag einer Richtlinie für den Schutz personenbezogener Daten in polizeilichen und justiziellen Angelegenheiten einschließt. Die Eurojust GKI freut sich auf die Herausforderung, die sie im Jahr 2012, vor allem in Bezug auf das künftige Aufsichtsmodell erwartet, welches durch den neuen Datenschutz *Besitzstand* definiert wird; jedoch werden die Prioritäten für die GKI gleich bleiben - die Rechte des Einzelnen zu schützen. Die Eurojust GKI wird die Folgearbeiten anschließend an ihre letzte Inspektion bei Eurojust von 2010 fortsetzen und die Umsetzung der Empfehlungen ihres Inspektionsbericht überwachen.

Die GKI wird an den folgenden Daten im Jahr 2012 tagen: 10. Februar, 19. April, 14. und 15. Juni und 15. November.



Ernannte GKI-Mitglieder auf der Vollversammlung vom 15. Juni 2012

### Anhang I Beauftragte der Gemeinsamen Kontrollinstanz 2011

Mitgliedsstaat	Beauftragter	Datum der Ernennung
Belgien	Frau Nicole LEPOIVRE	09/01/2007
Bulgarien	Frau Pavlina PANOVA	04/07/2007
Tschechische Republik	Herr Josef RAKOVSKÝ	14/04/2004
Dänemark	Herr Jakob LUNDSAGER	05/04/2009
Deutschland	Herr Bertram SCHMITT	23/06/2009
Estland	Herr Pavel GONTŠAROV	25/10/2004
Irland	Herr Billy HAWKES	06/06/2005
Griechenland	Frau Anastasia PERISTERAKI	04/02/2010
Spanien	Herr Artemi RALLO LOMBARTE	27/02/2007
Frankreich	Herr Frédéric BAAB	11/06/2009
Italien	Herr Luigi FRUNZIO	14/06/2010
Zypern	Frau Goulla FRANGOU	23/07/2008
Lettland	Frau Zane PĒTERSONE	27/09/2004
Litauen	Herr Egidijus BIELIŪNAS	08/12/2004
Luxemburg	Frau Lotty PRUSSEN	06/05/2002
Ungarn	Herr Tibor KATONA	23/06/2008
Malta	Herr Joseph EBEJER	30/03/2009
NIEDERLANDE	Frau Jannette BEUVING	01/01/2007
Österreich	Herr Gerhard KURAS	06/02/2010
Polen	Herr Dariusz ŁUBOWSKI	26/05/2004
Portugal	Herr Carlos CAMPOS LOBO	01/04/2006

Tätigkeitsbericht 2011  
Gemeinsame Kontrollinstanz von Eurojust

Rumänien	Frau Laura-Marina ANDREI	01/10/2007
Slowenien	Herr Rajko PIRNAT	23/03/2005
Slowakische Republik	Frau Renáta JANÁKOVÁ	31/07/2008
Finnland	Frau Anne HEIMOLA	01/01/2008
Schweden	Herr Hans FRENNERED	01/07/2002
Vereinigtes Königreich	Herr Christopher GRAHAM	12/08/2009

**Beauftragte, die während des Jahres 2011 ausschieden**

<b>Mitgliedsstaat</b>	<b>Mitglied</b>	<b>Datum des Amtsantrittes</b>
Zypern	Frau Goulla FRANGO	23/07/2008-November 2011

## Anhang II Publikationen

Die folgenden Publikationen können beim GKI Sekretariat, Po Box 16183, 2500 BD Den Haag, Niederlande angefordert werden, oder per E-Mail unter: [jsb@eurojust.europa.eu](mailto:jsb@eurojust.europa.eu)



Die Broschüre "Datenschutz bei Eurojust" ist auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch erhältlich



Prospekt 1

Prospekt 1: „Seine Rechte kennen“, gedruckte Version erhältlich auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch

Prospekt 2: "Die Rolle der GKI von Eurojust", gedruckte Version erhältlich auf Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch



Prospekt 2